

+ + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 11./12.03.2021

33 Tagesordnungspunkt umfasste die zweitägige Landtagssitzung. Davon lagen allein 16 Punkten Anträge der Fraktion DIE LINKE in erster oder zweiter Beratung zugrunde. Die Themen waren wiederum sehr vielfältig, u.a. ging es Gesundheitswesen, Pandemie, Bildung, Kinderarmut, öffentlich-rechtlichen Rundfunk, Agrarstruktur, Flughafenausbau, Kultur/Geschichte, Endlagersuche, Klimaschutz, die Deponie Brüchau, Wirtschaft, rechte Gewalt, Kommunales und das freiwillige soziale Jahr. Hier eine kleine Auswahl.

#Aktuell debattiert

Impfen und Testen als Wege auf der Krise

Die Impf- und Teststrategien auf Bundesebene haben in weiten Teilen versagt. Versprechen wurden wiederholt nicht eingehalten, was mit einem erheblichen Vertrauensverlust in der Bevölkerung einhergeht. Hinzu kommt, dass sich durch die bisher gescheiterte Impf- und Teststrategie des Bundes das Risiko der Ausbreitung weiterer infektiöserer Virusmutationen erhöht und damit ein kaum noch zu beherrschendes Szenario droht. Durch dieses Versagen wird den Menschen die Perspektive für den Umgang mit der Pandemie und einen Weg aus der Krise genommen. Die *Fraktionsvorsitzende Eva von Angern* sagte in der Debatte: „Die Folgen des Lockdowns werden uns noch lange verfolgen - zwischenmenschlich, mental, aber auch wirtschaftlich und finanziell. Jeder Tag ist einer zu viel. Und das absurde ist: Es gibt jetzt einen Impfstoff, mehrere sogar, und es könnte eine Perspektive eröffnet werden und es gibt verschiedene Test-Möglichkeiten. Aber es passiert gefühlt einfach nichts. Wir werden erschlagen von Bürokratie und Bedenkenrägerei und Behäbigkeit. Dass wir so wenig Tote haben in Deutschland ist einzig und alleine der Disziplin der Menschen zu verdanken!“

Nach einem Blick auf die Skandale auf der Bundesebene folgte die Einschätzung dessen, was auf der Landesebene läuft, besser gesagt: nicht läuft.

„Die Realität sieht ernüchternd aus: Mitte Februar (21.2.) sind über 126.000 Impfungen (einschließlich Zweitimpfungen) erfolgt, während noch rund 52.000 Impfdosen auf ihre Verabreichung warteten. Im März nahmen die Impfungen erfreulich zu, aber die Anzahl der nicht verabreichten Impfdosen stieg auf rund 87.000. Wie hoch soll die Halde noch wachsen, Herr Haseloff und Frau Grimm-Benne? Warum geht Sachsen-Anhalt nicht voran und bietet auch unkonventionelle Impfmöglichkeiten an?“, fragte Eva von Angern. Das liege aber eben nicht an den vielen freiwilligen Helferinnen und Helfern in den Impfzentren, denen sie ausdrücklich für ihre engagierte Arbeit dankte. Um das Vertrauen der Menschen wiederzuerlangen und die Pandemie in den Griff zu bekommen seien pragmatische Lösungen notwendig, das Impftempo müsse verdoppelt und weiter verdreifacht werden. Inzwischen hatte der Finanzminister für 2022 massive Kürzungen angekündigt. Darauf reagierte Eva von Angern: „Ein Neustart der Politik kann nicht mit dem Rotstift gemacht werden. Nicht damit, den Mangel noch zu vergrößern. ... Wir müssen die Missstände unserer Gesellschaft überwinden. Diese verschwinden nicht mit sinkenden Inzidenzen. Was wir brauchen, ist ein umfassender Neustart der Politik für Sachsen-Anhalt.“

#Umwelt

#Endlagersuche

Kein weiteres atomares Endlager in Sachsen-Anhalt

Unter diesem Titel hatte die Fraktion DIE LINKE vor einiger Zeit einen Antrag eingebracht, der heute zurück in den Landtag zur zweiten Beratung kam. Der *umweltpolitische Sprecher Hendrik Lange* betonte in der Debatte: „Heute kommt ein Thema zurück in den Landtag, welches viele Menschen

bewegt: Wie geht es weiter mit der Endlagersuche? Die Kenia-Koalition möchte nach der Beratung im Ausschuss mitteilen: Wir machen mit dem Verfahren weiter. Die Fraktion DIE LINKE bleibt jedoch bei ihrer Skepsis. Die Befürchtung, dass dünn besiedelte Regionen bei der Endlager-Suche in den Fokus rücken, bleibt bei vielen. Geringe Entschädigungsleistungen, weniger Protest – all das können Gründe sein, warum bei gleicher Eignung der Blick auch auf Sachsen-Anhalt fallen kann.

Zumal die Bundesregierung gerade erst wieder den Stromkonzernen 2,7 Milliarden Euro an Entschädigungsleistungen für den Atomausstieg hinterherwirft. Diese Konzerne haben sich von der Endlagerproblematik mit lediglich 24,1 Milliarden Euro freigekauft und sind damit von allen Folgekosten befreit. Das Märchen von der preiswerten Atomenergie kann nur erzählt werden, weil die Kosten den Steuerzahlenden aufgebürdet werden, während die Gewinne in die Taschen der Aktionäre fließen. Selbst das Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt hat betont, dass die undifferenziert großflächige Ausweisung der Teilgebiete ungünstig ist. Außerdem haben wir bereits Morsleben als Endlager! Die Fraktion DIE LINKE sagt klar und deutlich: Wir müssen den Rücken für die Menschen in unserem Bundesland gerade machen! Wir wollen kein weiteres atomares Endlager, wir sind nicht das Atom-Klo der Nation!“ Die Debatte fand nur einen Tag nach dem 10. Jahrestag der Fukushima-Katastrophe statt.

#Klimabilanz

Klimabilanz in Gesetzeshandeln aufnehmen

Im Dezember 2015 wurde in Paris das Klimaabkommen beschlossen. Fünf Jahre sind seitdem vergangen. Uns wird bewusst, dass es höchste Zeit ist, Klimaschutz auf allen politischen Ebenen zu verankern. Demzufolge ist es für uns dringend erforderlich, auch im Gesetzgebungswesen den Klimaschutz zu verankern, indem die Klimawirkung von Gesetzen geprüft werden müssen. Dazu sagte der *umweltpolitische Sprecher Hendrik Lange*: „Wir müssen alles daran setzen, die Erderwärmung zu begrenzen.“ „Wir wollen einen fairen, angemessenen und ausreichenden nationalen Beitrag zur Einhaltung des Pariser Abkommens leisten, muss Deutschland bis 2038 klimaneutral sein, bis 2035 100 Prozent Erneuerbare Energien einzusetzen.“ Und weiter: „Wir wären nicht die Linke, wenn wir hier nicht betonen würden, dass Klimaschutz mit sozialer Gerechtigkeit Hand in Hand gehen müssen. Das gilt in Deutschland, in Europa und weltweit. Das Schlagwort heißt Klimagerechtigkeit.“

#Jugend

Freiwilliges Soziales Jahr sichern

Die Programme zur Förderung von Freiwilligendiensten in Sachsen-Anhalt sind kleinteilig und den entsprechenden Ressorts zugeordnet. Die Ergebnisse der repräsentativen Befragung zum freiwilligen Engagement in Deutschland, untermauern die positiven Effekte von Freiwilligendiensten für die Gemeinschaft. Die Freiwilligendienste beeinflussen das Gemeinwesen insbesondere in ländlichen Gebieten. Ein Teil der Freiwilligendienste werden aktuell aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert. Für die nächste ESF+ Förderperiode 2021 bis 2027 gilt eine Mindestschwelle von 4 Prozent der Fördermittel des jeweiligen Programms. Für bestehende Programme kann diese Schwelle nur durch Zusammenfassung der unterschiedlichen Freiwilligendienstprogramme erreicht werden. Hier bedarf es einer intensiven Prüfung unter Einbeziehung der verschiedenen Träger des FSJ. Dazu sagte die *jugendpolitische Sprecherin Kristin Heiß*: „Wer sich auch nur ein bisschen mit dem freiwilligen sozialen Jahr beschäftigt, weiß, wie wertvoll dieses für junge Menschen ist, wie sehr sie sich in diesem Jahr entwickeln können.“ Es müsse gelingen, das FSJ weiter aus europäischen Mitteln zu finanzieren und es könne doch nicht so schwer sein, die verschiedenen Programme zu einem großen zusammenzuschließen, um die von der EU festgelegte 4-Prozent-Hürde zu nehmen.

#Kinderarmut

Armut von Kindern und Jugendlichen in Sachsen-Anhalt endlich angehen!

Mit einer großen Anfrage wollte die Fraktion DIE LINKE wissen, wie die Situation bei der Armut von Kindern und Jugendlichen in Sachsen-Anhalt ist. In der Aussprache zu den Antworten der Landesregierung im Landtag kommentierte die *Fraktionsvorsitzende Eva von Angern*: „Armut und insbesondere Armut von Kindern und Jugendlichen werde ich in unserem reichen Land nicht akzeptieren. Ich werde immer wieder darauf hinweisen, wie in unserem Land sehenden Auges Kindern nicht nur Zukunftschancen genommen, sondern sie im Hier und Jetzt keine glückliche Kindheit erleben dürfen. Es geht dabei nicht nur um Generationengerechtigkeit, sondern darum, wie wir mit den schwächsten Gliedern unserer Gesellschaft umgehen.“

Die Antworten der Landesregierung zeigten, dass sich die Armutszahlen nicht nur verstetigen, sondern es immer schwerer wird, aus der Armut herauszukommen. Dies betreffe insbesondere Kinder und Alleinerziehende. Eva von Angern sagte weiter: „Armut geht einher mit dem Verlust von Würde. Betroffene Kinder und Jugendliche spüren diese Ausgrenzung. Sie wissen, dass sie um ihre Chancen im Leben hart kämpfen müssen. Die bittere Wahrheit ist, dass Menschen, die in Armut aufwachsen, zehn Jahre eher sterben. Das ist das Ergebnis einer Langzeitstudie des Robert-Koch-Instituts.“ Daher forderte sie als Konsequenz: „Wenn wir Kinderarmut und ihre Folgen wirksam bekämpfen wollen, brauchen wir ein Zusammenwirken von Kommunen, Land und Bund. In Deutschland muss endlich eine Kindergrundsicherung eingeführt werden. Die Tatsache, dass die Legislaturperiode im Bund ohne Einigung zwischen CDU/ CSU und SPD zu den Kinderrechten enden wird, ist armselig und zeigt den Stellenwert von Kindern und Jugendlichen in unserer Gesellschaft.“ Immerhin hatte der Landtag gemeinsam beschlossen, dass das Taschengeld und Geld aus Ferienjobs nicht mehr auf den Regelsatz angerechnet werden soll. Die sei ein gutes Zeichen. „Doch die Landesregierung ist weiterhin aufgefordert, regelmäßig einen Kindergipfel zu veranstalten, um Kinder und Jugendliche zu Wort kommen zu lassen und ihre Interessen zu kennen. In Sachsen-Anhalt müssen Kita-Zugänge und gesundes Mittagessen kostenfrei sein. Die Fraktion DIE LINKE wird bei diesem Thema dranbleiben. Wir kämpfen weiter für Mehrheiten im Parlament, beispielsweise für die Einführung einer Kindergrundsicherung und für Kinderrechte im Grundgesetz. Es ist unser Job, alles dafür zu tun, dass jedes Kind die Chance auf eine glückliche Kindheit und sichere Zukunft hat.“

#Fluglärm

Nachtflugverbot und Moratorium für die Ausbaupläne für den Flughafen Leipzig-Halle

Derzeit läuft für den Flughafen Leipzig-Halle ein Planfeststellungsverfahren, wodurch der Frachtflugverkehr massiv ausgebaut werden soll. Starts und Landungen sollen stark ansteigen, allein nachts um 41 Prozent. Dies hat tiefgreifende gesundheitliche Auswirkungen und Umweltfolgen. Dabei ist wird das Argument der Schaffung von Arbeitsplätzen gegen die Interessen von hunderttausenden Menschen, die insbesondere unter dem Nachtfluglärm leiden, ausgespielt. Dabei wären Kapazitäten für den Frachtverkehr am Tage vorhanden – ohne weiteren Ausbau.

Gleichzeitig stehen die Ausbauplanungen in diametralem Gegensatz zu Bemühungen, Treibhausgase zu reduzieren und den Klimawandel aufzuhalten. Dazu sagte die *stellvertretende Fraktionsvorsitzende Kerstin Eisenreich*: „Der klimaschädliche CO₂-Ausstoß des dortigen Flugverkehrs betrug 2018 ca. 6,2 Mio. Tonnen. Er wird durch den Frachtflugausbau auf 10 Mio. Tonnen steigen. Dies entspricht einem Klimaschaden von 1,8 Milliarden Euro. Wer diese Kosten trägt, dürfte wohl allen klar sein – DHL ist das jedenfalls nicht!“ Eine nachhaltige Alternative wäre eine regionale Kreislaufwirtschaft mit standortnahe Gewerbe und verkürzten Lieferketten.

Für die Gesundheit der Anwohner*innen und Mitarbeiter*innen des Flughafens fordern wir ein Nachtflugverbot. Der innerdeutsche und innereuropäische Frachtverkehr muss auf die Schiene verlagert werden. Ein entsprechendes Bahnterminal ist auf dem Flughafen vorhanden, wird aber

bisher nicht genutzt. Ebenso ist die militärische Nutzung des Flughafens zu beenden. Zum Abschluss galt der Dank den verschiedenen Initiativen, die sich für ein Nachtflugverbot eingesetzt haben. „Die Anerkennung für ihren Einsatz zum Wohle der Menschen verdient hier Zustimmung zum Ausbaumoratorium.“, schloss sie ihre Rede.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL), 12. März 2021

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzungen im März 2021 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: www.dielinke-fraktion-lsa.de. Auch auf Facebook, Twitter und Instagram können die Debatten verfolgt werden.